

«Ihr verdient weniger als eine Putzfrau»

Gemeinderäte Der politische Nachwuchs fehlt – an einem Workshop wurden Lösungen gesucht

VON STEFAN FRECH

Ein Engagement als Gemeindepolitiker ist kein Zuckerlecken: viel Arbeit, wenig Lohn und selten Ansehen. Zwei von drei Schweizer Gemeinden haben deshalb Mühe, ihre Positionen im Gemeinderat zu besetzen. Wie finden wir neue engagierte Politiker, und wie halten wir die bereits Aktiven im Amt? Zwei Fragen, für die 15 Gemeindepräsidenten und -räte aus den Kantonen Solothurn, Bern und Aargau nach Antworten suchten – an einem Workshop unter der Leitung der Beratungsfirma Sieber & Partners in den Räumen der Handelskammer in Solothurn.

Einleitend wurden die Gemeindepolitikerinnen und -politiker von Reto Steiner, Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Bern, ins Thema eingeführt. «In der Schweiz gibt es eine international einzigartig grosse Zahl von Kommunen», betonte Steiner. Im Durchschnitt wohnen 1127 Einwohner in einer Gemeinde. In Grossbritannien sind es 100000. Also: Kleine Gemeinden haben wenige Bürger, die ein politisches Amt übernehmen könnten. «In der kleinsten Gemeinde der Schweiz, Corippo im Tessin, sitzt jeder Erwachsene im Gemeinderat oder in einer Kommission.»

Die «Bitte-sofort-Mentalität»

Weiteres Problem: Die Gemeinden haben heute viel mehr und komplexere Aufgaben zu erfüllen als noch vor 60 Jahren, der Standortwettbewerb zwischen den Gemeinden hat sich verschärft und die Bevölkerung ist viel fordernder geworden. «Angesichts der «Bitte-sofort-Mentalität» und der Beobachtung durch die Medien fragt sich mancher, ob er sich wirklich ein politisches Mandat antun will.» Steiner nannte einen weiteren zentralen Grund für die abnehmende Bereitschaft, für ein Exekutivamt zu kandidieren: Gemeinderäte verdienen für ihr wöchentliches 20%-Pensum durchschnittlich 8500 Franken im Jahr (inklusive Spesen). «Ihr verdient weniger als eine Putz-



Immer mehr und komplexere Aufgaben: Uniprofessor Reto Steiner kennt die Probleme der Schweizer Gemeinden. HANSJÖRG SAHLI

frau», rief Steiner den anwesenden Gemeindepolitikern zu. Eine Umfrage von Steiner hat denn auch gezeigt: 45 Prozent der Gemeinderäte in der Schweiz fühlen sich nicht angemessen entschädigt. Kommt hin: Die zeitliche Belastung in der Arbeitswelt hat zugenommen, so dass sich fast nur noch selbstständig Tätige oder Pensionierte in einem Gemeinderat engagieren können.

Die Gemeinden waren in den letzten fünf Jahren keineswegs untätig, um die Rekrutierungsprobleme zu lösen: 65 Prozent haben die Entschädigungen für die Gemeinderäte erhöht (um jährlich 2000 bis 3000 Franken; je 16 Prozent haben ihre Exekutiven verkleinert und sich an Fusionsprojekten beteiligt. «Ich bin überzeugt, dass Hunderte Schweizer Gemeinden in den nächsten Jahren verschwin-

den werden», sagte Steiner. Eine Umfrage unter den bereits fusionierten Gemeinden hat gezeigt, dass die positiven Auswirkungen leicht überwiegen: Die Autonomie ist gewachsen (mehr Geld und weniger Abhängigkeit vom Kanton) und das Gemeindepersonal lässt sich besser führen. «Zwar kommen rund 10 Prozent weniger Bürger an die Gemeindeversammlungen, die Geschäfte werden aber als spannender beurteilt.»

Ratskultur und Wertschätzung

Nach dem Vortrag von Uniprofessor Steiner war es an den Gemeindepolitikern, sich zu äussern. Die Vorstellungsrunde bestätigte Steiners Studie: Auch die Mehrzahl der Solothurner Exekutivmitglieder klagt über viel Arbeit, wenig Lohn und eine immer geringere Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, die sich

«Hunderte Gemeinden werden in den nächsten Jahren verschwinden.»

Reto Steiner, Professor

engagieren wollen oder können. «Vor allem die Chefs von internationalen Firmen, die unser Milizsystem nicht kennen, verstehen das nebenberufliche Engagement in der Politik nicht», erzählte ein Gemeindepräsident.

In einer Gruppenarbeit mussten dann die Teilnehmerinnen und Teilnehmer selber Ideen erarbeiten, wie sich Gemeindepolitiker finden lassen. Nach engagierter Diskussion standen drei als besonders wichtig erachtete Lösungen fest: Die Arbeit angemessen entschädigen, die Bevölkerung auf die Gestaltungsmöglichkeiten hinweisen und junge Einwohner frühzeitig einbinden. Und wie hält man diese dann bei der Stange? Mit der Schaffung eines guten Teamgeistes im Rat und mit mehr Wertschätzung für die Räte: So soll ihren Chefs und Partnerinnen jährlich gedankt werden, dass sie das Engagement in der Politik zulassen.

Erste gemeinsame Versammlung

Procap Für Procap, den grössten Mitgliederverband für Menschen mit Handicap in der Schweiz, war es ein historisches Ereignis im Kanton Solothurn: Die Mitglieder der ehemaligen Sektionen Olten und Solothurn trafen sich zum ersten Mal zur gemeinsamen Generalversammlung (GV). Präsident Werner Good begrüsste die knapp 100 Anwesenden zur 1. GV von Procap Kanton Solothurn. Nächstes Jahr wird voraussichtlich auch Procap Grenchen dem neuen Verein beitreten. Die neue Sektion zählt 999 Aktivmitglieder. Sie ist damit eine der grösseren Sektionen in der Schweiz. Integriert sind auch zwei Sportgruppen in Olten und Gerlafingen. Im Jahresbericht erinnerte Good an die verschiedenen Höhepunkte 2010, zum Beispiel an den Gründungsakt der neuen Sektion Procap Kanton Solothurn im Juni oder die Regelung der Zusammenarbeit in der Nordwestschweiz. Die Sektionen der vier Kantone Solothurn, Aargau, Baselland und Basel-Stadt bilden eine Geschäftsregion, um einerseits die Sozialversicherungsberatungsstelle Aargau/Solothurn in Aarau professionell führen zu können und andererseits in der Öffentlichkeitsarbeit und im Marketing zusammenzuarbeiten. Der neue Geschäftsführer von Procap Nordwestschweiz, Michel Voisard, war denn auch an der GV anwesend.

Vor allem regionale Anlässe

Die Statuten von Procap Kanton Solothurn wurden den Veränderungen des schweizerischen Verbandes angepasst. Ein Sitz im Vorstand bleibt offen für eine Vertretung aus Grenchen. Präsident Good wird mit Urs Nyffeler als Vizepräsident zusammenarbeiten. Das Tätigkeitsprogramm 2011 ist vielseitig: So gibt es gemeinsame Anlässe und solche in den beiden Regionen Olten und Solothurn. Denn sie sollten möglichst im Lebensraum der Mitglieder stattfinden, um Beziehungen schaffen zu können. Nur die Vereinsreise und die GV werden gemeinsam durchgeführt. Die Vertreterin von Procap Schweiz, Esther Gingold, freute sich, dass die Zusammenlegung der beiden Sektionen zu Procap Kanton Solothurn so gut gelungen ist. (ESL)

Auf den CVP-Listen gibts keinen Platz für Rolf Späti

Delegiertenversammlung Es lag eine seltsame Gewissheit über den 169 CVP-Delegierten gestern im Oensinger «Rössli»-Saal: 14 von 15 Bewerberinnen und Bewerbern würden an diesem Abend als Nationalratskandidaten nominiert werden – für einen oder eine von ihnen würde kein Platz auf den zwei CVP-Listen bleiben. Den Schwarzen Peter fasste schliesslich Rolf Späti aus Heinrichswil-Winistorf: Er erhielt in der Ausmarchung am wenigsten Stimmen.

10 Kandidaten vorweg «gesetzt»

Gemäss dem von der Delegiertenversammlung akzeptierten Vorschlag des CVP-Vorstandes waren zehn Personen als Nationalratskandidaten gesetzt. Kriterien, die eine Person für diese «Setzliste» qualifizierten, waren: Bisheriger Nationalrat; eine Kandidatur aus jeder der drei Städte, sofern vorhanden; eine Kandidatur aus jedem der zehn Bezirke, sofern vorhanden. Bei mehreren Bewerbungen pro Bezirk erhielten Kantonsräte den Vorzug, bei mehreren Kantonsräten aus dem gleichen Bezirk derjenige mit den meisten Stimmen bei der letzten Kantonsratswahl.

Nach diesem Raster wurden folgende zehn Kandidaten «gesetzt»: Pirmin Bischof (bisheriger Nationalrat, Solothurn), Peter Brotschi (Kantonsrat, Grenchen), Urs Allemann (Kantonsrat, Rüttenen), Urs Schläfli (Kantonsrat, Deitingen), Stefan Müller (Kantonsrat, Herbetswil), Sandra Kolly (Kantonsrätin, Neuendorf), Theo-



Die Kandidierenden gestern Abend vor der Ausmarchung. AE

phil Frey (Kantonsrat, Dulliken), Thomas A. Müller (Kantonsrat, Lostorf), Bruno Maggi (Nuglar-St. Pantaleon), Susanne Koch (Kantonsrätin, Erschwil). Mangels Bewerbungen nicht berücksichtigt werden konnten die Stadt Olten und der Bezirk Bucheggberg. Nicht unter den Gesetzten war namentlich Parteipräsidentin Annelies Peduzzi: Sie ist zwar Kantonsrätin, doch hatte bei den Wahlen von 2009 in ihrer Amtei Urs Schläfli mehr Stimmen als sie erhalten.

Vier Plätze für fünf Interessenten

Die verbliebenen fünf Bewerberinnen mussten sich der geheimen Wahl in der Versammlung stellen. Die vier noch offenen Listenplätze gingen dabei an Stephan Berger (Balsthal), Karen Grossmann (Schönen-

werd), Annelies Peduzzi (Deitingen, Kantonsrätin), und Susan von Sury (Solothurn, Kantonsrätin). Nicht auf die Nationalratsliste schaffte es Kantonsrat Rolf Späti (Heinrichswil-Winistorf).

Zu Beginn der Versammlung nominierten die Delegierten einstimmig den 52-jährigen Nationalrat Pirmin Bischof als Ständeratskandidaten.

Wahlziele der CVP Kanton Solothurn sind die Eroberung eines Ständeratsmandats und die Verteidigung der beiden bisherigen Nationalratssitze. Im Nationalrat hat die CVP die nach drei Amtsperioden nicht mehr kandidierende Elvira Bader (Mümliswil) zu ersetzen. Erreicht die Partei beide Wahlziele, kommen sogar zwei CVP-ler neu in den Nationalrat. (CVA)

Förderung gibts genug

Talentschulen Die Regierung erachtet spezielle Schulen für besonders Begabte nicht für nötig. Gefordert werden solche von SVP-Kantonsrat Thomas Eberhard.

In einem parlamentarischen Auftrag setzt sich Kantonsrat Thomas Eberhard (SVP, Bettlach) dafür ein, dass möglichst bald spezielle Schulen mit öffentlicher oder privater Trägerschaft zur Förderung besonderer Begabungen ihren Betrieb aufnehmen können. Eberhard denkt dabei vor allem an Begabungen in den Bereichen Sport, Musik und Bildende Künste. Die Talentschulen sollen ab der dritten Primarschulklasse bis zur Vervollendung der obligatorischen Schulzeit reichen können. Eine reduzierte wöchentliche Stundenzahl und andererseits weniger Ferienwochen im Jahr soll die optimale Talentförderung ermöglichen, ohne dabei die schulischen Bedürfnisse zu vernachlässigen.

Individuelle Lösungen bevorzugt

In ihrer Stellungnahme betont die Regierung, dass jede Initiative, welche die Förderung von Schülerinnen und Schülern in sportlicher oder kultureller Hinsicht zum Ziel hat, zu begrüßen sei. Den Auftrag von Thomas Eberhard empfiehlt sie aber dennoch zur Ablehnung. So bestünden heute bereits vielfältige Möglichkeiten für die intensive Schulung und Förderung

von besonders begabten Schülerinnen und Schülern. Zum einen sei es mit der bestehenden Rechtslage möglich, besondere Förderklassen einzurichten, und zwar sowohl auf der Primarstufe also auch auf der Sekundarstufe I. Da aber die Bedürfnisse der jungen Sportler und auch der musisch oder künstlerisch besonders begabten Jugendlichen sehr unterschiedlich sind, sei es sinnvoller, individuelle Lösungen innerhalb der regu-

Von der Speziellen Förderung profitieren auch besonders Begabte.

lären Bildungsangebote zu finden. So bestehe etwa die Möglichkeit der Dispensation von einzelnen Lektionen oder auch von aufeinanderfolgenden Halbtagen. Zudem gebe es ein breites schulergänzendes Angebot im sportlichen und musischen Bereich.

Schliesslich verweist die Regierung auf die Einführung der «Speziellen Förderung», die auch leistungswilligen Schülerinnen und Schülern mit einer besonderen Begabung zugute kommen soll. In Versuchsschulen werde ein entsprechendes Angebot in methodisch-didaktischer sowie in organisatorischer und finanzieller Hinsicht entwickelt. Durch Straffen und Verdichten des Schulstoffes können freie Zeitfächer für schulische oder ausserschulische «Anreicherungsmaßnahmen» verwendet werden. (ESF)